



Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

Ansprechpartner/in: Herr Schnitzler

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: norbert.schnitzler@stadt-koeln.de

Datum: 06.07.2009

Niederschrift

über die **38. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2004/2009 am Montag, dem 29.06.2009, 15:05 Uhr bis 16:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Horst Thelen Grüne

Stimmberechtigte Mitglieder

| | | |
|---------------------------------|-------|--------------|
| Herr Henk van Benthem | CDU | |
| Herr Alfred Hoffmann | CDU | |
| Frau Hildburg Holländer | CDU | |
| Herr Stephan Pohl | CDU | |
| Herr Dr. Alexander Fladerer | SPD | ab 15.50 Uhr |
| Frau Polina Frebel | SPD | |
| Frau Cornelia Schmerbach | SPD | |
| Frau Monika Schultes | SPD | |
| Frau Dr. Astrid Reimers | Grüne | |
| Herr Bürgermeister Manfred Wolf | FDP | |

Mitglieder mit beratender Stimme gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

| | |
|-------------------------------|-------------------------------------|
| Herr Manfred Rouhs | pro Köln |
| Herr Peter Löwisch ke.Köln | auf Vorschlag der Fraktion die Lin- |

Sachkundige Einwohner und Einwohnerinnen nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

| | |
|-------------------------|--------------------------|
| Herr Joachim Geysse | auf Vorschlag der CDU |
| Herr Heinz Klein | auf Vorschlag der CDU |
| Frau Brigitte Spielberg | auf Vorschlag der SPD |
| Herr Marc Müller | auf Vorschlag der Grünen |
| Frau Marianne Wolf | auf Vorschlag der FDP |

Presse Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

| | | |
|-----------------------|-----|--------------------|
| Herr Dr. Ralph Elster | CDU | fehlt entschuldigt |
| Frau Yvonne Gebauer | FDP | fehlt entschuldigt |

Sachkundige Einwohner und Einwohnerinnen nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

| | | |
|--------------------|-----------------------|--------------------|
| Herr Günter Klette | auf Vorschlag der SPD | fehlt entschuldigt |
|--------------------|-----------------------|--------------------|

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

| | | |
|--------------------|-----|--------------------|
| Herr Turan Özkücük | LDK | fehlt entschuldigt |
|--------------------|-----|--------------------|

Verwaltung: Herr Dr. Höver

Verwaltung und Protokoll: Herr Schnitzler

Fachamt:

| | |
|-------------------|----------------------|
| 30, Frau Kraemer | 57, Frau Dr. Behlert |
| 32, Herr Baumanns | 57, Herr Winkels |
| 32, Herr Frenzke | 67, Herr Breuer |
| | 69, Herr Matzel |
| | KVB, Herr Höhn |

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

- 1.1 Lärmmessungen in der Eifelstraße (Az.: 02-1600-83/08)
1511/2009
- 1.2 Umgang mit aufgefundenen Tierkadavern
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und
Beschwerden vom 03.03.2008
TOP 3.2 (Az.: 02-1600-71/07)
1227/2009
- 1.3 Alternativer Beschlussvorschlag bei Beschlussvorlagen im Zusammen-
hang mit Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung
NRW
2289/2009

- 1.4 Einsprüche zum Bebauungsplan "Sürther Feld" (Az.: 02-1600-26/09)
- 1.5 Beschwerde über das Verhalten eines Pflastermalers auf der Domplatte (Az.: 02-1600-39/09)
- 1.6 Probleme mit einem Gebührenbescheid zur Abfallgebührensatzung (Az.: 02-1600-32/09)
- 1.7 Rückschau zu den Beschlüssen des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden

2 Anfragen

- 2.1 Mündliche Anfragen
- 2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW

- 3.1 Eingabe für den Bau eines direkten Treppenzugangs von der Zülpicher Straße zum Bahnsteig 1 des Bahnhofs Köln-Süd (Az.: 02-1600-14/09)
1894/2009
- 3.2 Eingabe für die Ausrüstung der Busse der KVB mit Fahrerinnen (Az.: 02-1600-23/09)
1823/2009
- 3.3 Eingabe für die Neuregelung der Vergabe öffentlicher Plätze an Zirkusbetriebe mit bestimmten Wildtierarten (Az.: 02-1600-93/08)
1693/2009
- 3.4 Handlungskonzept Behindertenpolitik "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"
1885/2009

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

1.1 Lärmmessungen in der Eifelstraße (Az.: 02-1600-83/08) 1511/2009

Herr Thelen berichtet, dass er sich über die Lärmmessungen mit dem Mitarbeiter der Fachverwaltung unterhalten hat. Dabei sei deutlich geworden, dass diese Lärmmessungen nicht die Übertragung von Körperschall (z. B. Poltergeräusche) berücksichtigt hätten. Die Verwaltung habe angeboten, in der nächsten Sitzung zu möglichen Fragen Auskunft zu geben.

Frau Schmerbach bemängelt, dass in der Mitteilung lediglich unverbindlich erwähnt ist, dass Lärmschutzfenster zur Senkung der Belastung durch Verkehrslärm beitragen können. Eine Handlungsempfehlung oder Zusage würde von der Verwaltung nicht gegeben.

Herr Höhn, KVB, macht deutlich, dass die KVB die Messungen nicht durchgeführt hat, diese aber mitträgt. Die KVB habe schon viele Maßnahmen ergriffen (z. B. regelmäßige Reinigung des Schienenbereiches, Austausch eines Kiesbettes durch ein Schotterbett) damit es aufgrund von eventuellen Gleisverschmutzungen nicht zu Erschütterungen kommt. Er betont, dass die KVB nicht bereit ist, als freiwillige Maßnahme Lärmschutzfenster zu finanzieren (Präzedenzfälle). Er vertritt die Auffassung, dass man in einer Großstadt mit einem gewissen Lärmpegel leben muss.

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, die Angelegenheit nochmals in der nächsten Sitzung zu behandeln und dazu den Antragsteller, die Fachverwaltung und die KVB einzuladen.

1.2 Umgang mit aufgefundenen Tierkadavern hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 03.03.2008 TOP 3.2 (Az.: 02-1600-71/07) 1227/2009

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

1.3 Alternativer Beschlussvorschlag bei Beschlussvorlagen im Zusammenhang mit Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung NRW 2289/2009

Herr Pohl weist darauf hin, dass der Antrag in der Bezirksvertretung Kalk nur deshalb gestellt wurde, um das Verfahren für die Antragsteller transparenter zu machen; die

Antragsteller sollen erkennen, dass es sich in der Beschlussvorlage lediglich um einen Beschlussvorschlag oder um Beschlussvorschläge und nicht schon um einen – eventuell negativen – Beschluss handelt.

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

1.4 Einsprüche zum Bebauungsplan "Sürther Feld" (Az.: 02-1600-26/09)

Der Ausschuss nimmt die Information der Verwaltung zur Kenntnis.

1.5 Beschwerde über das Verhalten eines Pflastermalers auf der Domplatte (Az.: 02-1600-39/09)

Der Ausschuss nimmt die Information der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Antragsteller soll entsprechend informiert werden.

1.6 Probleme mit einem Gebührenbescheid zur Abfallgebührensatzung (Az.: 02-1600-32/09)

Herr Thelen erläutert die Vorgeschichte der Eingabe; da der Antragsteller erst relativ spät von der Möglichkeit, eine kleinere, virtuelle Tonne bestellen zu können, erfahren hat, plädiert er dafür, durch eine pragmatische Lösung dem Begehren stattzugeben.

Herr Winkels, 57 Umweltamt, nimmt Stellung für die Verwaltung. Er macht deutlich, dass bereits Ende September 2008 eine Veranstaltung im Maternushaus u. a. zum Thema „virtuelle Tonne“ stattgefunden hat. Darüber hinaus habe es nach der Ratsitzung vom 18.12.2008 (Satzungsbeschluss) Veröffentlichungen in der Presse und im Internet gegeben. Der Antragsteller habe daher Gelegenheit gehabt, sich rechtzeitig zu dem Thema zu informieren. Darüber hinaus gebe es jährlich viele vergleichbare Fälle.

Frau Schmerbach regt an zu überlegen, ob es eventuell effektivere Möglichkeiten gibt, die Bürgerinnen und Bürger über Änderungen z. B. der Abfallgebührensatzung zu informieren. Wenn es Ermessungsspielraum gibt, soll man dem Antragsteller entgegen kommen.

Herr von Benthem macht deutlich, dass es z. B. bei Gebührensatzungen gleiches Recht für alle Gebührenzahler gibt. Für ihn sei es indiskutabel, dem Begehren des Antragstellers zu entsprechen.

Der Ausschuss spricht sich mehrheitlich dafür aus, die Angelegenheit zur Entscheidung an die AWB zu geben.

1.7 Rückschau zu den Beschlüssen des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden

Eingabe zur Verbesserung der Baustellenabsicherung (Az.: 02-1600-23/08)

Herr Dr. Fladerer weist darauf hin, dass der Ausschuss in seinem Beschluss vom 22.09.2008 gebeten habe, dass der Rat der Stadt Köln die von ihm in die betroffenen städtischen Beteiligungsgesellschaften entsandten Mitglieder anweisen soll, ihren Einfluss dahin gehend geltend zu machen, dass zukünftig bei Baumaßnahmen nach Möglichkeit Fußplatten in leuchtenden Farben verwendet werden. Er fordert daher, das Thema auch tatsächlich in den Rat einzubringen.

Frau Schmerbach regt an, die Verwaltung zu bitten, die Broschüre auch an andere Versorgungsträger, wie z. B. Netcologne oder Telekom, zu geben. Weiterhin bittet sie, auch dem Antragsteller eine Broschüre zu übersenden.

Frau Wolf ist erstaunt darüber, dass in der Broschüre Baustelleneinrichtungen mit dunklen Fußplatten abgebildet sind. Der Ausschuss greift diesen Hinweis auf und bittet, bei einer Neuauflage der Broschüre dieses zu korrigieren und als positives Beispiel Fußplatten in leuchtenden Farben abzubilden.

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

- keine -

2.2 Schriftliche Anfragen

- keine -

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW

3.1 Eingabe für den Bau eines direkten Treppenzugangs von der Zülpi- cher Straße zum Bahnsteig 1 des Bahnhofs Köln-Süd (Az.: 02-1600- 14/09)

1894/2009

Hinweis:

Mit Schreiben vom 29.06.2009 nimmt der Antragsteller Stellung zur Beschlussvorlage der Verwaltung und teilt mit, dass er nicht an der Sitzung teilnehmen kann. Sein Schreiben und die von ihm erwähnte Drucksache aus dem Jahre 1999 wurden als Tischvorlage an die Ausschussmitglieder verteilt.

Beratungsverlauf:

Herr Matzel, 69 Amt für Brücken und Stadtbahnbau, nimmt Stellung für die Verwaltung. Er betont, dass auch die Verwaltung in den vergangenen Jahren das Anliegen, einen direkten Treppenzugang von der Zülpicher Straße zum Bahnsteig 1 des Bahnhofes Köln-Süd zu schaffen, weiter verfolgt habe. Leider sei es jedoch u. a. aufgrund von Problemen bei der Planungsabstimmung mit der Deutschen Bahn und aufgrund von finanziellen Problemen durch das Haushaltssicherungskonzept zu Verzögerungen bei der Umsetzung gekommen. Nunmehr könne ein Baubeginn 2010/2011 in Aussicht gestellt werden.

Der Vorsitzende regt an, den Beschlussvorschlag der Verwaltung so zu modifizieren, dass anstelle der Formulierung: „und betrachtet die Eingabe als erledigt“ über folgende Ergänzung des Beschlussvorschlages mit abgestimmt wird: „und erwartet von den beteiligten Stellen eine unverzügliche Realisierung im Sinne des schon vor zehn Jahren gestellten Antrages“.

Frau Schmerbach setzt sich dafür ein, bei den Umbaumaßnahmen auch die Barrierefreiheit zu beachten. Zumindest soll der Zugang teilweise oder provisorisch (z. B. durch eine Rampe) barrierefrei gemacht werden.

Herr Matzel weist darauf hin, dass bei den Planungen für den zusätzlichen Zugang ein Aufzug berücksichtigt ist. Dieser könnte allerdings erst dann realisiert werden, wenn der Bahnsteig und die Gleise umgebaut sind.

Herr Wolf macht deutlich, dass es zunächst wichtig ist, den zusätzlichen Zugang zu bauen; die spätere Ergänzung eines Aufzuges müsse dann im Auge behalten werden.

Anschließend lässt der Vorsitzende über den ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen.

Abweichender Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden begrüßt die Planungen für einen direkten Treppenzugang von der Zülpicher Straße zum Bahnsteig 1 des Bahnhofes Köln-Süd und erwartet von den beteiligten Stellen eine unverzüglich Realisierung im Sinne des schon vor zehn Jahren gestellten Antrages. Weiterhin bittet der Ausschuss zu prüfen, wie schnellstmöglich (eventuell als Provisorium) die Barrierefreiheit für den zusätzlichen Zugang realisiert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.2 Eingabe für die Ausrüstung der Busse der KVB mit Fahrerinnen (Az.: 02-1600-23/09) 1823/2009

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller erläutert seine Eingabe. Er vertritt die Auffassung, dass nicht erst etwas passieren muss, bevor die Sicherheit für das Fahrpersonal erhöht wird. Im Gegensatz zu den Bussen seien die Straßenbahnen mit Fahrerinnen ausgestattet. Nach seinen Informationen würden die Fahrer aus Sicherheitsgründen bei Pausen die Busse nicht an bestimmten Endhaltestellen (z. B. in Köln-Meschenich) parken.

Herr Höhn nimmt Stellung für die KVB. Er führt aus, dass das Anliegen des Antragstellers nicht neu für die KVB sei. Bei Bussen sei jedoch die Nähe des Fahrers zu den Fahrgästen gewünscht; deshalb würde man auf Fahrerinnen verzichten. Es sei richtig, dass die Busse bei Pausen nicht immer an den Endhaltestellen geparkt würden, dieses habe allerdings andere Gründe. So sei es gelegentlich zu Beschwerden z. B. über Geräuschbelästigung durch die Standheizung der Busse gekommen. Würden Busse mit Fahrerinnen umgerüstet, so sei auch ein erheblicher (finanzieller) Aufwand für die Umrüstung der Busse mit einer Fluchttüre für den Fahrer notwendig. Die Sichtweise der KVB zu den Fahrerinnen sei auch mit der Arbeitnehmervertretung abgestimmt. Herr Höhn informiert den Ausschuss, dass derzeit geprüft werde, die halbhohe Kabinenansätze der Busse etwas zu erhöhen, um die Fahrerinnen und Fahrer vor möglicher Tröpfcheninfektion zu schützen.

Auf Frage von Herrn Pohl zu den Umrüstungskosten teilte Herr Höhn mit, dass wahrscheinlich aufgrund der Notwendigkeit einer Fluchttüre der Fahrzeugtausch die preiswertere Lösung wäre, wenn Busse mit Fahrerinnen ausgerüstet werden sollten.

Herr Wolf erkundigt sich nach der Anzahl der Übergriffe auf Busfahrer. Herr Höhn teilt mit, dass es schätzungsweise zu einem tätlichen Übergriff auf Fahrer im Monat kommt; schwerwiegende Fälle, mit zeitweiser Arbeitsunfähigkeit der Fahrer, wären ca. ein- bis zweimal jährlich zu verzeichnen.

Frau Dr. Reimers vertritt die Auffassung, dass ein tätlicher Übergriff im Monat auf Fahrerinnen oder Fahrer doch schon ziemlich viel ist. Deshalb würde sie es begrüßen, wenn bei notwendigen Neuanschaffungen Busse mit Kabinen bestellt würden.

Frau Schmerbach unterstützt den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Aus ihrer Sicht ist es wünschenswert, wenn die Busfahrer im Notfall schnell und barrierefrei den Fahrgästen helfen können.

Herr Thelen regt an, den Beschlussvorschlag der Verwaltung um folgenden Text zu ergänzen „... bittet aber die KVB, die Problematik der Sicherheit in Bussen aufmerksam zu beobachten.“

Abweichender Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt die Darstellung der Verwaltung in der Begründung der Beschlussvorlage zur Kenntnis und verzichtet auf eine Empfehlung im Sinne der Eingabe, bittet aber die KVB, die Problematik der Sicherheit in Bussen aufmerksam zu beobachten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.3 Eingabe für die Neuregelung der Vergabe öffentlicher Plätze an Zirkusbetriebe mit bestimmten Wildtierarten (Az.: 02-1600-93/08) 1693/2009

Beratungsverlauf:

Ein Vertreter der Antragsteller erläutert die Eingabe. Er betont, dass sich die Eingabe nicht gegen Zirkusbetriebe richtet, jedoch gehören nach Ansicht der Antragsteller Wildtiere nicht in einen Zirkus. Der Antragsteller begrüßt den Beschlussvorschlag der Verwaltung und sieht ihn als richtungsweisendes Signal im Sinne des Tierschutzes.

Frau Dr. Behlert, Veterinäramt, nimmt Stellung für die Verwaltung. Sie erläutert, dass sich die Erkenntnisse über die Bedürfnisse insbesondere von wildlebenden Tieren in den letzten Jahren sehr geändert haben. Sie macht deutlich, dass der Umgang mit wildlebenden Tieren nur dann sinnvoll ist, wenn er die Nachzucht zur Erhaltung oder den Artenschutz zum Ziel hat.

Frau Kraemer, 30 Rechtsamt, erläutert die rechtliche Situation. Sie erklärt, dass die Versagung einer Sondernutzungserlaubnis für einen Zirkus nach herrschender Rechtsprechung nur auf Belange des Straßen- und Wegerechts gestützt werden darf. Die Abweisung eines Zirkusbetriebes aufgrund des Tierschutzes berge daher ein rechtliches Risiko.

Herr Wolf vertritt die Auffassung, dass auch bei Verstoß gegen die artgerechte Haltung von Wildtieren eine Sondernutzungserlaubnis versagt werden sollte.

Herr Löwisch spricht sich dafür aus, den Tierschutzgedanken mit Leben zu erfüllen und das Anliegen der Antragsteller zu unterstützen. Die artgerechte Haltung von Wildtieren in Zirkusbetrieben müsse gewährleistet sein. Er vermutet, dass eventuell auch aus Gründen der Gefahrenabwehr eine Platzvergabe an Zirkusunternehmen ausgeschlossen werden könnte.

Herr Rouhs hegt Zweifel daran, dass die Probleme der Wildtierhaltung bei Zirkusbetrieben im Rahmen der Platzvergaben zu regeln sind; für ihn bedarf es gesetzlicher Regelungen zum Schutz der Wildtiere.

Eine Vertreterin der Antragsteller bittet den Ausschuss, auch auf private Verpächter von Standplätzen im Sinne der Eingabe einzuwirken.

Frau Dr. Behlert führt aus, dass sich die Verwaltung schon mit verschiedenen Verpächtern zu dem Problem in Verbindung gesetzt hat und dort auch auf Verständnis gestoßen ist.

Herr Thelen weist darauf hin, dass das Thema auch mit öffentlich wirksamen Maßnahmen gesteuert werden müsste.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden begrüßt das Anliegen der Antragsteller und bittet die Verwaltung, soweit wie möglich – z. B. im Zusammenhang mit den angesprochenen Duldungen – das Anliegen zu unterstützen. Ferner wird die Verwaltung gebeten, sich z. B. über den Deutschen Städtetag für eine Änderung der tierschutzrechtlichen Regelungen im Sinne der Eingabe einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.4 Handlungskonzept Behindertenpolitik "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" 1885/2009

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden verweist einstimmig die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Thelen
Ausschussvorsitzender

Schnitzler
Schriftführer